

NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

März 2011

www.oekumenisches-netz.de

Liebe LeserInnen,
liebe Netz-Mitglieder,

nach 15 Jahren beim Netz verabschiede ich mich mit diesem Netz-Telegramm als hauptamtliche Netz-Mitarbeiterin. Ab Mai diesen Jahres werde ich beim Institut Südwind in Siegburg im Fachbereich Frauen und Wirtschaft eine neue berufliche Tätigkeit beginnen. Ein wichtiger Schwerpunkt meiner Arbeit beim Ökumenischen Netz, die Problematisierung der Auswirkungen der Globalisierung insbesondere auf Arbeiterinnen in den Exportbetrieben des Südens, wird damit zum Mittelpunkt meiner zukünftigen Arbeit. Darauf freue ich mich schon, aber der Abschied vom Netz ist auch mit Wehmut verbunden.

Denn in den vielen Jahren beim Ökumenischen Netz durfte ich viele spannende Diskussionen erleben und führen und vielen Menschen begegnen, die trotz vieler Rückschläge ihre Hoffnung auf und ihren Einsatz für eine bessere, menschenwürdige Welt nicht aufgeben. Für all' diese Begegnungen bin ich sehr dankbar.

Ich hoffe, dass mein Nachfolger, Dominic Kloos, ähnlich fruchtbare Erfahrungen macht wie ich in den letzten Jahren und wünsche ihm und Ihnen ein gutes Miteinander.

Als Mitglied bleibe ich dem Netz auch in Zukunft verbunden.

Sabine Ferenschild

Neuer Referent im Netz

Dominic Kloos stellt sich vor

Ab Juli 2011 wird Dominic Kloos, dann 32 Jahre alt, als Referent und Geschäftsführer beim Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar arbeiten. Wir freuen uns sehr, dass er die Nachfolge von Sabine Ferenschild antreten wird und dass er sich Ihnen in diesem Netz-Telegramm kurz vorstellt.



Als gebürtiger Saarländer komme ich nach Arbeitserfahrungen im Ausland sowie in Nordrhein-Westfalen und Hessen mit meiner Tätigkeit für das Ökumenische Netz regional gesehen – bezogen auf Bistum und Landeskirche – sozusagen zurück „nach Hause“.

Auch ist das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar eine Art politisches Zuhause, da ich im Sommer 2000 mein erstes Praktikum im Netzbüro Neuwied absol-

vierte. Dadurch wurde ich in der ökumenischen und globalisierungskritischen Bewegung aktiv, was mich bis heute weder privat noch beruflich losließ.

Nachdem ich in Trier und Mainz Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte studierte und im Anschluss an meinen Zivildienst in Nicaragua einen Master in „Development Studies“ in Großbritannien absolvierte, stieg ich beruflich in die entwicklungspolitische und globalisierungskritische Arbeit ein.

Längerfristige Praktika brachten mich zu lokalen Nichtregierungs-Organisationen nach Namibia und Bangladesch sowie in Deutschland zum SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene. Bei Letzterem arbeitete ich anschließend als Honorarkraft intensiv in der Kampagne für Saubere Kleidung mit und verfasste eine Studie zum Thema sozial-ökologische Bekleidung.

Durch die Arbeit bei SÜDWIND eignete ich mir umfassende Kenntnisse in den Bereichen Sozialstandards im Welthan-

Das Netzbüro wird vom 18. April bis 30. Juni nicht besetzt sein. Außerdem zieht das Netzbüro nach Koblenz um. Die neue Adresse lautet:

Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V.

Löhrstr. 51 · 56068 Koblenz

Mailadresse und Website bleiben unverändert.

Die Neuwieder Telefonnummer (0 26 31) 35 41 40 bleibt voraussichtlich bis zum 30. Juni geschaltet. Der Anrufbeantworter, den Sie unter dieser Nummer erreichen können, wird regelmäßig abgehört.

Inhalt

Neuer Referent im Netz	1
Die Bundeswehr greift an	2
Kooperationsverträge der Länder	5
Nachrichten aus der Region	6
China-Partnerschaften	6
Mahnwache Trier Xiamen	7
Termine	8

del (insbes. im Bekleidungssektor), soziale Unternehmensverantwortung und Fairer Handel an. Seit Mitte 2009 arbeite ich als Friedensarbeiter der pax christi Bistumsstelle Limburg. Durch diese Tätigkeit gewinne ich wichtige Einblicke in die Friedensarbeit und arbeite an Schnittstellen der globalisierungskritischen und friedenspolitischen Bewegung mit.

Trotz der Verbundenheit zu pax christi trete ich die neue Stelle an, weil die Inhalte des Ökumenischen Netzes stärker mit meinen Kenntnissen und Interessen kompatibel sind. Hinzu kommen private Gründe, nämlich die größere Nähe zu meiner Freundin.

Die Erfahrungen meiner bisherigen Tätigkeiten werde ich auch im Ökumenischen

Netz nutzen können. Dabei freue ich mich insbesondere auf die weitere Vernetzung von Gruppen, Organisationen und Einzelnen aus den kirchennahen wie -fernen Friedens-, Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegungen, da ich eine starke Mobilisierung dieser Bewegungen für essentiell halte, um progressive Veränderungen zu erreichen.

Die Fußstapfen von Sabine Ferenschild, in die ich hineintreten werde, sind sehr groß. Gleichzeitig freue ich mich darauf, diese mit der Zeit auf meine eigene Art und Weise auszufüllen. Dafür habe ich vor, neben der Fortführung bestehender Aktivitäten und theoretischer Diskussionen auch eigene Ideen und Ansätze in die Arbeit einzubringen – etwa durch die Sensibilisierung und Mobilisierung insbesondere junger Erwachsener

zu unterschiedlichen Netz-Themen sowie durch gewaltfreie Aktionen und Mitgestaltung einschlägiger Kampagnen.

Auf die Zusammenarbeit mit dem Vorstand, den Netzmitgliedern sowie den UnterstützerInnen freue ich mich sehr und sende schon an dieser Stelle herzliche Grüße an die gesamte „Netz-Gemeinschaft“!

Die Bundeswehr greift an.

Oder lieber doch nur „Schulfrei für die Bundeswehr“?

VON HERBERT BÖTTCHER

„Die Bundeswehr greift an.“ So war die Thematik der letzten Netzversammlung umschrieben. Nun ist unter dem Motto „Schulfrei für die Bundeswehr“ eine Kampagne gestartet. Ihr Ziel ist die Rücknahme des Kooperationsabkommens zwischen dem rheinland-pfälzischen Kultusministerium und der Bundeswehr. In diesem Vertrag geht es darum, der Bundeswehr das ‚Werben fürs Sterben‘ nun auch in den Schulen zu ermöglichen. Mit dieser Aktion greift die Bundeswehr die Schulen und die Schüler an. Das Kultusministerium öffnet ihr dazu die Schultore.

Das Interesse an diesem Angriff auf die Köpfe und im schlimmsten Fall auch auf das Leben der Schüler ergibt sich aus der Nachwuchssituation der Bundeswehr. Sie benötigt jedes Jahr 17.000 Freiwillige. Zusätzlich müssen 15.000 „freiwillige Wehrdienstleistende“ geworben werden. Da natürlich nicht jede Bewerbung ‚tauglich‘ ist, wird zwecks Auswahl eine Ressource von 71.000 Bewerbungen benötigt. Nur so kann der heruntergestufte Personalumfang von bis zu 185.000 Personen gehalten und die Truppe effektiv auf ihre Aufgabe ausgerichtet und ihre Kampffähigkeit entwickelt werden.

Wie erfolgreich der Angriff der Bundeswehr auf Köpfe und Leben junger Menschen ist, belegen die Erfolgsmeldungen der Bundeswehr. Ihr ist es gelungen,

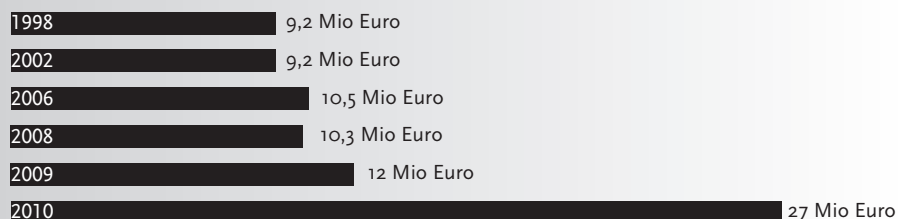
- ♦ 950.000 Jugendliche zu umwerben, davon 142.000 fast ausnahmslos im Rahmen des Schulunterrichts.

- ♦ 197.000 SchülerInnen konnten Wehrdienstberater Jobperspektiven beim Militär erläutern.
- ♦ 22.000 Jugendliche haben an Truppenbesuchen teilgenommen.

- ♦ 590.000 „Zielgruppenangehörige“ – so heißt das im Bundeswehrjargon – konnten im Rahmen von Messen und Ausstellungen erreicht werden. Dazu dürfte auch die ausgiebige Bundeswehrpräsenz auf den Rheinland-Pfalz-Tagen beigetragen haben.

Wer zudem reflektiert, zu welchem Zweck die Werbeoffensive der Bundeswehr bis hinein in die Schulen erfolgt, wird erkennen, dass das Motto der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ auf den ersten Blick zwar eingängig ist, aber auch verharmlosend wirken kann. Deshalb kommt es aus Perspektive des Netzes in der Kampagne darauf an, die Rolle der Bundeswehr in der gegenwärtigen Phase wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen zu reflektieren. Erst von daher wird der Skandal deutlich, den der Angriff der Bundeswehr auf die Schulen und die Beihilfe des Kultusministeriums darstellen.

Kosten für die Nachwuchswerbung



In den letzten Jahren steigen die Kosten für die Nachwuchswerbung massiv. Der Posten „Nachwuchswerbung“ in den Haushaltsplänen des Bundes erfasst jedoch lange nicht alle Mittel, die für die Anwerbung von Jugendlichen ausgegeben werden. Die Gehälter für Jugendoffiziere, ihre Reisekosten etc. sind in diesem Posten beispielsweise nicht enthalten.

Quelle: IMI-Fact-Sheet Bundeswehr und Schule Juni 2010

Militarisierung der Politik und des gesellschaftlichen Lebens

Der Angriff auf die Schulen ist eine konsequente Fortsetzung dessen, was wir in den letzten Jahren an Militarisierung der Politik und des gesellschaftlichen Lebens erlebt haben. Immer mehr politische und gesellschaftliche Bereiche werden militärischem Denken und Handeln unterworfen. Nur an wenige Facetten sei erinnert:

Außen- und Entwicklungspolitik werden mit militärischen Interessen vermischt. Minister Niebel will - wie seine Initiative vom Frühsommer 2010 zeigte - ziviles Engagement in Afghanistan vor allem dann finanziell fördern, wenn es zur Befriedung im Bundeswehr-Einsatzbereich dient (s. Netz-Telegramm 2.2010).

Umfangreiche Formen von ziviler und militärischer Zusammenarbeit wurden entwickelt. Dazu gehören die enge Kooperation zwischen Polizei und Bundeswehr im Innern. Unter dem Dach von EULEX sind im Kosovo Aufstandsbekämpfungspolizei, andere Polizisten, Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte vereinigt. In Frontex werden die Kräfte zur brutalst möglichen Abwehr von Menschen gebündelt, die als Flüchtlinge um ihr Überleben kämpfen.

Öffentliche Auftritte der Bundeswehr und Inszenierungen wie Öffentliche Verteidigungen, Gedenkrituale, Zapfenstreich, Konzerte bis hin zu Auftritten in Kirchen, Werbekampagnen und schließlich der Angriff auf die Schulen sind Teil einer breiten Strategie, das Militär und mit ihm militärisches Denken und Handeln öffentlich zu legitimieren, es präsent und plausibel zu machen. Die Offensive des Militärs ist nicht einfach aus dem Ideenhimmel gefallen, sondern folgt durchaus irdisch-materiellen Interessen.

„Aktives Eingreifen – Moderne Verteidigung“

Ist der Titel, der über dem neuen strategischen Konzept steht, das die Nato sich im November vergangenen Jahres gegeben hat. In ihm werden in einem Sammelsurium alle möglichen Bedrohungen aufgelistet: Piraterie, Cyberkriminalität, Terrorismus, Klimawandel, Drogenschmuggel, Umweltkatastrophen, Flüchtlingsströme, Abschmelzen der Polarkappen, Proliferation, Waffen-

schmuggel, Lebensmittel- und Wasserknappheit. Diese scheinbar willkürlich und assoziativ zusammengestellte Bedrohungsliste offenbart ihren Sinn, wenn wir die Bedrohungen als Ausdruck der mit dem Kapitalismus verbundenen Zerstörungsdynamik verstehen.

In dem neuen Strategiekonzept der Nato laufen die Veränderungen zusammen, die in den letzten Jahren ohne große Debatten, sondern gleichsam stillschweigend in einer Salamitaktik durchgesetzt wurden. Sie lassen sich als Umorientierung von der Landesverteidigung zur Interessenverteidigung beschreiben. Zur Salamitaktik, mit der sie durchgesetzt wurde, gehörten die verschiedenen Kriegseinsätze. In ihrer Anfangsphase wur-

deutlich ausgesprochen, dass es bei den neuen Kriegen um wirtschaftliche Interessen geht. Wenige Monate später kann Verteidigungsminister von Guttenberg die Früchte dieses Bauernopfers ernten. Ohne dass sich ein Sturm der Entrüstung bildet, spricht er gelassen die Interessen aus, um die es geht: „Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen sind ohne Zweifel unter militärischen und geostrategischen Gesichtspunkten zu betrachten.“ Entsprechend müsse die „deutsche Wirtschaft weltweit militärisch betreut werden.“ (Junge Welt, 10.11.10)

Militarisierung – eine Antwort auf die Krise des Kapitalismus

Die nicht mehr humanitär verblühten Plaudereien des Verteidigungsministers sind natürlich keine Analyse. Ihr kommen wir einen Schritt näher, wenn wir die neuen Kriege im Zusammenhang der Krise des Kapitalismus begreifen. Sie wird sichtbar in der wachsenden Zahl von Menschen, deren Arbeit für die Verwertung des Kapitals ‚überflüssig‘ ist. Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen haben aber nur diejenigen, deren Arbeit verwertbar ist. Angesichts der inneren Schranke der Kapitalverwertung – der Entsorgung von Arbeit und dem damit verbundenen Verlust an Vergegenständlichung von Wert in der Ware – sinkt die Zahl der Verwertbaren, während die Zahl der ‚Überflüssigen‘ steigt.

Vor diesem Hintergrund muss die Zwangsintegration in den Weltmarkt durch die bekannten Maßnahmen von Deregulierung und Privatisierung, Öffnung der Märkte und kostengünstige Produktion für den Export – also das ‚Fitmachen‘ für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt – notwendig scheitern. Die Folgen zeigen sich in wirtschaftlichen und politischen Zusammenbrüchen ganzer Regionen und Staaten. In diesen Zusammenhängen verlieren Staaten Macht über ihr Territorium. Ihre Regulations- und Integrationsmacht bricht zusammen und damit auch ihr Gewaltmonopol. So werden die sog. ‚neuen Kriege‘ auch nicht mehr einfach von Staaten geführt, sondern von Milizen, Warlords oder international agierenden Terrornetzwerken. Wo die Marginalisierung solche Ausmaße erreicht, dass an eine Überlebenssicherung durch Lohnarbeit nicht mehr zu denken ist, werden zudem Kriminalität und Bürgerkriege für Tausende von Menschen zu einer perversen Möglichkeit des Überlebens. Sie werden sowohl im Überlebenskampf, auf eigene



Großpuppenaktion der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“

Foto: AGF Trier

den sie noch humanitär bemäntelt. Der grüne Außenminister Josef Fischer ließ nicht einmal die Perversität aus, ‚Auschwitz‘ als Legitimation für den Krieg gegen Jugoslawien zu bemühen, wo doch humanitäre Skrupel nie aufkommen, wenn Diktatoren und ihre Menschenrechtsverletzungen mit westlichen Interessen konform sind.

Inzwischen sind solche Eiertänze nicht mehr nötig. Den Durchbruch hat der ehemalige Bundespräsident Köhler geschafft – und mit dem Rücktritt bezahlt. Er hat zum ersten Mal

Faust' als auch durch den Dienst in der Miliz eines Warlords gesucht. Die von Markt und Staat ‚regulierte‘ Konkurrenz schlägt um in einen verwilderten Konkurrenzkampf um das nackte Überleben.

Darin sieht die kapitalistisch verfasste Weltgemeinschaft kein ‚humanitäres Problem‘. Ein Problem entsteht jedoch dann, wenn die Krisen und Zusammenbrüche die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Strukturen bedrohen, also wenn der Zugang zu Ressourcen und Transportwegen nicht mehr sicher ist, wenn politische Instabilitäten oder durch Migration entstehende soziale Unsicherheiten entstehen. Damit ist der Kapitalismus mit einem neuen strategischen Problem konfrontiert: Es gibt kein außen und deshalb auch keinen ‚äußeren‘ Feind mehr, gegen den ein Land zu verteidigen wäre. Der Feind kommt vielmehr aus dem Inneren des Systems selbst. Das Scheitern des globalen Verwertungsprozesses produziert die Probleme, die dann - systemkonform - militärisch bekämpft werden sollen. Zu bekämpfen sind dann auf der Makroebene staatliche und halbstaatliche Regimes, die sich der ‚Integration‘ in den Weltmarkt entziehen. Auf der Mikroebene werden Terrorgruppen, Mafia- banden, Warlords, Restbestände zerfallender Staatsapparate, Massenkriminalität, Kidnapping-Industrie, Piraterie... zu militärisch-weltpolizeilichen Herausforderungen, jedenfalls dann, wenn solche ‚Störpotentiale‘ zentrale Funktionsstellen des Systems bedrohen.

Worum es letztlich geht, ist eine Art militärischer Sicherheitsimperialismus. Gesichert werden sollen funktionierende Zentren und Wohlstandsinselfen, d.h. Standorte und deren sicherer Zugang zu Rohstoffen.

Militär gegen die Klimakrise

Dass es um Sicherheitsimperialismus angesichts der verheerenden Folgen des Kapitalismus geht, bestätigt die ‚Erklärung zur Sicherheit‘ der Nato von 2009. Angesichts der sichtbar werdenden Folgen der Klimakatastrophe – so heißt es – seien Instabilitäten zu erwarten. Genannt werden genau jene ‚Unsicherheiten‘, die als Folge kapitalistischer Zusammenbrüche bekannt sind. Entsprechend wird von Javier Solana und Benita Ferrero Walter in ihrem 2008 veröffentlichten Papier „Klimawandel und internationale Sicherheit“ als wenig überraschende Konsequenz formuliert: „Die Überwindung und die Frühwarnung müssen sich in besonderen Situationen staatlicher Fragi-

lität und politischer Radikalisierung auf Spannungen um Rohstoffe und die Energieversorgung, auf ökologische und sozioökonomische Belastungen, auf Bedrohungen für kritische Infrastrukturen und Wirtschaftsgüter, auf Grenzstreitigkeiten, auf die Auswirkungen hinsichtlich der Menschenrechte und auf potentielle Migrationsbewegungen erstrecken.“

Kult des Heroismus

Dass es darum geht, angesichts der verschiedenen Krisenerscheinungen die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus militärisch zu sichern ist, bedarf in weiten Kreisen der Öffentlichkeit keiner Legitimation mehr. Dies ist inzwischen so selbstverständlich, dass auf jede humanitäre Überhöhung verzichtet werden kann. Es gibt aber sehr wohl Bedarf, die Bereitschaft junger Leute zu fördern, bei solchen Sicherungseinsätzen mitzumachen und der Gesellschaft die nötigen Opfer plausibel zu machen. Deshalb gilt es, Heroismus zu fördern, der in nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip kalkulierenden Marktgesellschaften bedroht ist.

Um dies deutlich zu machen unterscheidet der Politologe Herfried Münkler zwischen heroischen und postheroischen Gesellschaften (Focus, 25.2.2002). Heroische Gesellschaften (z.B. Afghanistan) sind durch Knappheit an physischen und Reichtum an moralischen Ressourcen gekennzeichnet. Umgekehrt verhält es sich bei postheroischen (westlichen) Gesellschaften. Bei ihnen kann die Knappheit an moralischen Ressourcen bei Stresssituationen (z.B. bei ‚zu vielen‘ eigenen Toten bei Kriegseinsätzen) zu einer Legitimationskrise bei Militäreinsätzen führen. Mangelnder Heroismus ist vor allem vor dem Hintergrund marktwirtschaftlicher Orientierung ein Problem, da die marktwirtschaftliche Währung (Selbstbehauptung in der Konkurrenz, Leistung, Lohn) mit der zivilgesellschaftlichen Währung (Heroismus beim Einsatz des Lebens bis in den Tod) konkurriert.

Dem Zweck, solchen Heroismus zu stärken, dienen in der Öffentlichkeit inszenierte Militärriale von Öffentlichen Vereidigungen über Zapfenstriche bis hin zu unterhaltsamen Auftritten des Heeresmusikkorps. Nach Münkler geht es dabei um Inszenierungen eines leeren Transzendenzbezugs, einer Überhöhung ohne Gott. Da will die Militärseelsorge mit ihrem Angebot eines mit Gott gefüllten Transzendenzbezugs nicht abseits stehen. Wie der aussehen kann, for-

Veranstaltungen in Schulen

	<i>Jugendoffiziere</i>	<i>Wehrdienstberater</i>
2003	3.143	K.A.
2004	4.224	K.A.
2006	4.943	11.145
2007	5.064	11.240
2008	5.129	13.756
2009	4.415	12.648

Quelle:
IMI-Fact-Sheet Bundeswehr und Schule Juni 2010

mulierte bei einer Trauerfeier für in Afghanistan gefallene Soldaten Militärgeneralvikar Wakenhut in seiner Ansprache am 24.4.2010 in Ingolstadt als Trost für Angehörige und Kameraden:

Der „Einsatz für eine einzige Menschheitsfamilie ist lohnend. (...) Dass dieses Ziel nicht erreicht ist, dass es trotzdem immer wieder Kriege, Feindschaft und Hass gibt, sollte uns aber nicht müde werden lassen, es ‚trotzdem‘ zu erreichen. Zu diesem ‚Trotzdem‘ sind wir als Christen in besonderer Weise aufgerufen; denn Jesus selbst ist es, der dieses ‚für alle‘ uns immer wieder ans Herz legt: Am Ende des Matthäusevangeliums sagt er zu seinen Jüngern: Darum geht zu allen Völkern, und macht alle Menschen zu meinen Jüngern; taufte sie und lehrt sie, alles zu befolgen, was ich euch geboten habe.

Ihre Kameraden, Ihre Väter und Ehemänner, Ihre Lebenspartner, Ihre Söhne und Brüder haben dafür ihr Leben geopfert. Und es gibt keine größere Liebe als die – sagt Jesus – wenn einer sein Leben hingibt für seine Freunde.“

Die „einzige Menschheitsfamilie“ wird durch die mit dem Kapitalismus verbundenen Zerstörungspotentiale an den Rand der Lebens und des Überlebens getrieben. Jetzt soll das Militär, das die Funktionsfähigkeit jener Zerstörungsmaschinerie sichern soll, in den Dienst „für eine einzige Menschheitsfamilie“ gestellt und die für diesen Zweck unabdingbare Vernichtung des Lebens von Soldaten im Namen Jesu als Heroismus zum Tod schmuckhaft gemacht werden. Auch das ist ‚Werben fürs Sterben‘ und genau so wenig harmlos wie der Kooperationsvertrag, der dem ‚Werben fürs Sterben‘ die Schultore öffnet.

Literaturhinweis:

Michael Schulze von Glaßer

An der Heimatfront

Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr

Softcover, DIN A5, etwa 200 Seiten,
zahlr. s/w-Fotos

EUR 16,00, ISBN 978-3-89438-442-5



Bundeswehr-Werbespots im Fernsehen, Jugendoffiziere in Schulen, Reklamestände auf Marktplätzen: immer öfter wirbt das deutsche Militär in der Öffentlichkeit um Zustimmung. Doch die Heimatfront bröckelt und die Bundeswehr müht sich ab, dies zu verhindern. Bei eigenen Veranstaltungen im öffentlichen Raum, bei eigens organisierten Jugendsportfesten oder bei »Tagen der offenen Tür« kann sie sich nach Belieben präsentieren. Eigens von ihr entwickelte Medien sollen insbesondere potentielle Rekruten für den Dienst an der Waffe begeistern: Eine Jugendzeitung, Schulmagazine, Rekrutierungsportale im Internet, auf Jugendliche zugeschnittene Computerspiele. Wo sie nicht direkt werben kann, schaltet die Armee Reklame in zivilen Medien. Ob im Jugendmagazin BRAVO, der bundesweiten Schülerzeitung SPIESSER oder im Radio. Auch

Spielfilmproduktionen und Fernsehdokumentationen werden unterstützt. Das Buch präsentiert erstmals einen umfassenden Überblick über die Reklametätigkeit des Militärs und analysiert dessen verschiedene Werbe-Methoden.

Vorankündigung

Am Samstag, den 21. Mai, 9.30-16.30h, wird der Autor des Buches „An der Heimatfront“, Michael Schulze von Glasser, als Referent bei der Netzversammlung zum Thema „Militarisierung und Kapitalismus“ referieren.

Ort: Superintendentur Koblenz,
Mainzer Str. 81

Infos: Netzbüro

Kooperationsverträge der Bundesländer

Baden-Württemberg:	Kooperationsvereinbarung seit 4.12.2009.
Bayern:	Kooperationsvereinbarung seit 8.6.2010.
Berlin:	Keine Kooperationsvereinbarung und auch keine in der aktuellen Legislaturperiode, da DIE LINKE diese ablehnt – im Gegenzug soll es sogar eine Empfehlung an die Schulen geben, die Bundeswehr nicht einzuladen. Die schwarz-grüne-Bezirksregierung Berlin-Zehlendorf-Steglitz hat Schulen hingegen empfohlen die Armee einzuladen. Proteste der Schülervertretung des Hans und Hilde Coppi Gymnasiums führten zur Absage einer Veranstaltung mit einem Jugendoffizier.
Brandenburg:	keine Kooperationsvereinbarung
Bremen:	hält den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung für entbehrlich, da sich die bisherige Zusammenarbeit mit der Bundeswehr bewährt habe.
Hamburg:	keine Kooperationsvereinbarung
Hessen:	Kooperationsvereinbarung seit 04.11.2010.
Mecklenburg-Vorpommern:	Kooperationsvereinbarung seit 13.07.2010. Ein erster Entwurf wurde Anfang Juni 2010 abgelehnt, da er das Thema Afghanistan nicht ausgewogen darstellte.
Niedersachsen:	Anfrage der Grünen (April 2010), auf welcher Grundlage Veranstaltungen der Bundeswehr an Schulen stattfinden.
Nordrhein-Westfalen:	Kooperationsvereinbarung seit 29.10.2008, die laut einem Düsseldorfer-Jugendoffizier sogar eine Idee des Schulministeriums und nicht der Bundeswehr gewesen sein soll.
Rheinland-Pfalz:	Kooperationsvereinbarung seit 25.02.2010.
Saarland:	Kooperationsvereinbarung seit 25.03.2009.
Sachsen:	keine Kooperationsvereinbarung
Sachsen-Anhalt:	keine Kooperationsvereinbarung
Thüringen:	Kleine Anfrage von Bündnis 90/DieGrünen vom April 2010, ob eine Kooperationsvereinbarung bestehe oder geplant sei.
Schleswig-Holstein:	lehnt eine Kooperationsvereinbarung ab. Man wolle diese "institutionelle Zusammenarbeit" nicht, heißt es im Kultusministerium. Es gibt Berichte über Kasernenbesuche, bei denen die Schüler am Schießsimulator üben durften.

(Aus einer Zusammenstellung von K. Pfisterer, Landessprecher DFG-VK Baden-Württemberg, Stand: 6.11.10)

Nachrichten aus der Region

Schulfrei für die Bundeswehr

Das Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr“ ruft dazu auf, in einem Schreiben an die LandtagskandidatInnen Protest gegen den Kooperationsvertrag zu äußern. Das Bündnis hat dazu einen Musterbrief entwickelt:

Betreff: Friedenspolitische Wahlprüfsteine

Sehr geehrte(r) Frau / Herr LandtagskandidatIn,
im letzten Jahr unterzeichnete das Kultusministerium des Landes Rheinland-Pfalz ein Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr. Durch diesen Vertrag wird der Zugang der Bundeswehr zu Schülerinnen und Schülern weiter verbessert. Dabei wird für SchülerInnen z.B. auch das umstrittene Simulationsspiel Pol&IS (Politik & Internationale Sicherheit) angeboten und es werden ganze Unterrichtsstunden von den Bundeswehrsoldaten übernommen. Zudem sind Jugendoffiziere der Bundeswehr berechtigt, LehrerInnen fort- und ReferendarInnen auszubilden.

Diese Kooperationsvereinbarung lehnen wir strikt ab.

Mit der landesweiten Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ setzen wir uns für eine Rücknahme dieser, an Öffentlichkeit und Parlament vorbei unterzeichneten Vereinbarung ein. Wir wenden uns nicht gegen politische Aufklärung. Diese ist essentiell notwendig um gerade jungen Menschen eine umfassende und differenzierte Sicht auf politische Vorgänge zu ermöglichen, damit sie sich eine eigene Meinung bilden können. Bildungsarbeit gehört aber in die Hände von PädagogInnen. SoldatInnen sind nicht für die Unter- richtung von Kindern und Jugendlichen zuständig oder geeignet, da so die Ansichten der Bundeswehr in den Rang regulärer Lehrin-

halte erhoben werden und viele SchülerInnen und ReferendarInnen nicht mehr kritisch distanziert mit den vermittelten Informationen umgehen. Den Widerspruch des Abkommens zu Schulgesetz, Beutelsbacher Konsens und UN-Kinderschutzkonvention haben wir u.a. dem Petitionsausschuss des Landes und in unseren Materialien ausführlich dargelegt.

Die Position Ihrer Partei bzw. Ihre Position zum Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr stellt für uns einen wichtigen friedenspolitischen Wahlprüfstein für die Landtagswahl am 27. März 2011 dar. Daher unsere Frage: Welche Meinung vertreten sie zum Thema Bundeswehr an Schulen? Sind Sie bereit, unsere Kampagne zu unterstützen?

Weitere wichtige friedenspolitische Fragen sind für uns ihre Position zu den Atomwaffen in Büchel und den Kriegsflughäfen Ramstein und Spangdahlem – wir fordern den Abzug der Atomwaffen und eine aktive Abrüstungs- und Konversionspolitik – wie stehen Sie dazu?

Wir bitten Sie jeweils um eine kurze Stellungnahme, die wir gegebenenfalls auf der Kampagnen-Homepage veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen,
N.N.

Zur Sache: Im Beutelsbacher Konsens wurden 1976 drei zentrale Grundprinzipien der Bildungsarbeit formuliert: Indoktrinationsverbot, Gebot der Kontroversität, Prinzip der Schülerorientierung.

China-Partnerschaften und Sozialverpflichtung von Unternehmen

Über die globale Sozialverpflichtung von Unternehmen als neues Thema deutsch-chinesischer Partnerschaften diskutierten am 8.12.10 in Düsseldorf fast 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Kirchen, Unternehmen, Kommunen, Bundesländern, Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen auf einer Konsultation im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland

(EKiR). Träger waren neben der rheinischen Kirche das SÜDWIND-Institut und das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar.



Das Ziel der Tagung, die soziale Dimension des China-Engagements deutscher Unternehmen in den zukünftigen Partnerschaftsaktivitäten von 88 deutschen Kommunen und 16 Ländern mit chinesischen Städten und Provinzen stärker zu thematisieren, fand große Unterstützung. Seit 1982 haben kommunale und regionale Partnerschaftsabkommen mit China vor allem als Foren der Wirtschaftsförderung gedient, wie eine im August 2010 vorgelegte SÜDWIND-Studie darlegt. Dabei blieben Arbeitsrechtsverletzungen im Wirkungskreis deutscher

Unternehmen in China ausgeklammert, die in den letzten Jahren in zahlreichen in- und ausländischen Publikationen dokumentiert wurden.

Kontroverse Debatten gab es über die Regelung der globalen Verantwortung von Unternehmen. Dr. Michael Inacker, Verantwortlicher der Metro Group für Corporate Social Responsibility, meldete starke Zweifel an einer gesetzlich bindenden globalen Sozialverpflichtung an und betonte die Vorzüge einer freiwilligen Selbstverpflichtung. Die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer schätzten diese Freiwilligkeit des sozialen Unternehmensengagements jedoch als nicht ausreichend ein. Jens Sannig, Vertreter der Evangelischen Kirche im Rheinland, bilanzierte sogar für den Kakaobereich: „Die freiwilligen Selbstverpflichtungen haben nichts,



aber auch gar nichts an den Arbeitsbedingungen verbessert.“

In den nächsten Jahren wollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konsultation eine Reihe von Initiativen starten, um dem Ziel der Veranstalter näher zu kommen, wie beispielsweise Besuchsreisen nach und aus China, Ausstellungen über die Lebens- und Arbeitswelten von Jugendlichen an Schulen und Hochschulen, gezielte Informationsmaterialien und Bildungsveranstaltungen. Wichtige Schritte waren hierfür zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Umfeld der kürzlich unterzeichneten Städtepartnerschaft zwischen Trier und Xiamen sowie der Länderpartnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Fujian. Oliver Stumpf, Referent für Außenbeziehungen und internationale Partnerschaften in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, begrüßte die wachsende Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in die Partnerschaftsaktivitäten.

Impressum:

Netz-Telegramm März 2011

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied,
Tel. (0 26 31) 35 41 40
e-mail: [info\(at\)oekumenisches-netz.de](mailto:info(at)oekumenisches-netz.de)

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des eed, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750

März 2011

Layout: Elke Wetzig, Köln
Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Mahnwache Städtepartnerschaft Trier - Xiamen

Anlässlich der Unterzeichnung der Städtepartnerschaft zwischen Trier und der im chinesischen Fujian (Partnerprovinz von RLP) gelegenen Stadt Xiamen am 11. November 2010 in Trier hielten die KAB, die AG Frieden, Terre des femmes und das Multikulturelle Zentrum eine Mahnwache ab. In einer Presseerklärung formulierte das Bündnis u.a.:

Damit diese Städtepartnerschaft wie viele andere der Völkerverständigung dient, müssen Kontakte in Augenhöhe, Austauschmöglichkeiten mit der dortigen Bevölkerung, private Besuche und Gegenbesuche möglich sein.

(...) Wir wollen eine Städtepartnerschaft, die auch einen kritischen Blick auf die eigene Verantwortung an Menschenrechtsverletzungen in China durch Billigproduktion und -importe wirft und zudem nicht die Augen verschließt vor eigenem menschenrechtlich kritikwürdigem Umgang mit chinesischen Flüchtlingen hier, beispielsweise im „Ausreisezentrum“ Trier.

Wir fordern:

- ♦ Die Städtepartnerschaft muss die Frage der Menschenrechte aktiv angehen
- ♦ Die Beschaffungsrichtlinien der Stadt beinhalten, in Zukunft keine Produkte mehr zu kaufen, die nicht den in Europa gültigen Sozialstandards entsprechen.
- ♦ Die Stadt fordert das Land auf, den chinesischen Flüchtlingen, die in Trier im Ausreisezentrum (oder anderswo) untergebracht sind, ein Bleiberecht zu erteilen.

Unterstützen Sie Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen hier, die sich für Sozialstandards, Menschenrechte und ein humanes Asylrecht engagieren.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie hier: www.agf-trier.de. Laufend aktuelle Informationen über das Bündnis „Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards“ finden Sie unter: www.ak-rlp-fujian.de



Tan Kah Kee (1874 - 1961), ein chinesischer Philanthrop aus der Provinz Fujian, wanderte als junger Mann nach Singapur aus und kehrte als Großindustrieller zurück. Er gründete und finanzierte viele Schulen und die Universität in Xiamen. Seine Statue steht vor der Universität Xiamen, Partneruniversität der Universität Trier.

Foto: Yaoleilei, Karte: Uwe Dederig.
Beide Wikimedia Commons, CC-BY-SA 3.0



März

4.-29.3., Rathaus der Stadt Mainz

„Stille Heldinnen – Afrikas Großmütter im Kampf gegen HIV/Aids“.

Ausstellung

Infos: www.elan-rlp.de

7.3.-24.4., Bistum Trier

Misereor / BDKJ - Jugendfastenaktion

Infos: www.jugendaktion.de

11.3., Handwerkskammer Trier, Loebstr.

100 Jahre Internationaler Frauentag. Lebendige Frauengeschichten Gestern – Heute – Morgen

Veranstalter: KAB Trier u.a.

Infos: www.kab-trier.de

Do, 17.3, 19h, KHG Koblenz, Rheinau 12

Solidarische Ökonomie statt Sozialkassenschlag und Klimakrise

Referent: Alexis J. Passadakis, Berlin

Veranstalter: Aktionsgruppe Gerechter Welt-handel

18./19.3., Stephanuskirche Köln-Riehl, Brehmstr. 6

klima gerecht handeln.

Versammlung Ökumenisches Netz Mittelrhein

Infos: Dieter Endemann, Tel.: (02 21) 12 26 13, Mail: [dieter.endemann\(at\)netcologne.de](mailto:dieter.endemann(at)netcologne.de)

Sa., 26.3., Region Trier

Bolivien-Kleidersammlung des BDKJ Trier

Infos: Bolivienreferat des BDKJ, Tel.: (06 51) 9 77 11 11

April

1.-3.4., Stiftsberg, Kyllburg

Hunger – Mangel trotz Überfluss. Wirtschaftsseminar

Referentin: Kerstin Lanje, Misereor

Veranstalter: Pax Christi Trier

Anmeldung: Rudi Kemmer, Tel.: (0 65 71) 33 10, Mail: [rudi.kemmer\(at\)t-online.de](mailto:rudi.kemmer(at)t-online.de)

1.4., Tagungshaus der Barmherzigen Brüder, Trier

Politische Spiritualität – Wie geht das? Praxiswerkstatt zum Sehen, Urteilen und Handeln

Referent: Johannes Stein

Infos: Ruth Mareien de Bueno, KAB, Mail: [trier-eifel\(at\)kab-trier.de](mailto:trier-eifel(at)kab-trier.de)

Sa., 9.4., Region Hunsrück / Nahe

Bolivien-Kleidersammlung des BDKJ Trier

Infos: Bolivienreferat des BDKJ,

Tel.: (06 51) 9 77 11 11

Mai

2.5.-9.5., KHG u. Uni Mainz

Ethical Fashion – Sozial-ökologische Standards in der Textilkette.

Aktionswoche der „Projektgruppe Global bewegt! RheinMain“

Mit einer Ausstellung, Veranstaltungen, Führungen und einer Podiumsdiskussion

Infos: pax christi Limburg, Dominic Kloos, Dorotheenstr. 11, 61348 Bad Homburg, Tel.: (0 61 72) 92 86 79, Mail: friedensarbeiter@pax-christi.de

Fr., 6.5., 14-17.45h, Deutsche Welle, Bonn

Kurswechsel: Für eine gerechte Weltwirtschaft. Konferenz mit internationalen Gästen anlässlich des 20-jährigen Bestehens von SÜDWIND e.V.

Infos: info@suedwind-institut.de

13.-15.5., Marienburg, Zell

Diözesanversammlung des BDKJ Trier

Infos: www.bdkj-trier.de

Sa., 14.5., Weltladentag

„Öko + Fair ernährt mehr!“. Internationaler Tag des Fairen Handels

Infos über regionale Veranstaltungen beim Weltladen Dachverband, Ludwigsstr. 11, 55116 Mainz

So, 15.5., Haus Wasserburg, Vallendar

Gottes Schöpfung Gute Erde

15h Podiumsdiskussion: mit Alexis Passadakis und N.N. (Misereor) über Klimawandel und Klimagerechtigkeit.

18h Konzertlesung mit Musik von Grupo Sal und Informationen über die Situation in Amazonien.

Do, 19.5, 19.30h, KHG Koblenz, Rheinau 12

Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas / Mexiko

Ein Bericht von Myriam Meurer (carea), Heidelberg

Veranstalter: Weltladen Koblenz, KHG Koblenz

Sa., 21.5., 9.30-16.30h, Superintendentur Koblenz, Mainzer Str. 81

Militarisierung und Kapitalismus. Netzversammlung

Referent: Michael Schulze von Glasser

Infos: Netzbüro

Fr., 27.5., 16-19h, Landeszentrale f. pol. Bildung RLP, Mainz, Am Kronberger Hof 6

Möglichkeiten und Grenzen ziviler und militärischer Konfliktbearbeitung am Beispiel Afghanistan

Veranstalter: Projektgruppe Zivile Konfliktbearbeitung Rhein-Main

Infos: <http://gewalt-loest-keine-konflikte.de>

27.-29.5., Rheinland-Pfalz-Tag, Prüm

Verleihung des rheinland-pfälzischen Friedenspreises

Infostände von Friedensgruppen

Sa., 28.05.11, Region Koblenz

Bolivien-Kleidersammlung

Infos: Bolivienreferat des BDKJ,

Tel.: (06 51) 9 77 11 11

Juni

1.-5.6., Dresden

„... da wird auch Dein Herz sein.“ Ev. Kirchentag

Infos: www.kirchentag.de

10.-13.6., Jugendzeltplatz Rhens

Futurscout 2011. Pfingstlager der DPSG Trier

Eine Reise in die Zukunft der Pfadfinder mit zahlreichen Workshops u.a. zur Ökologie

Infos: www.dpsg-trier.de